

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinbrenner, Berlin.  
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 1 M.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 80 Pfg.

## Die neuen Steuern.

III. (Schluß.)

Die bedenklichste der neuen Verbrauchssteuern ist die auf den Warenumsatz. Jede Warenlieferung und jede Leistung, die in einer gewerblichen Tätigkeit besteht, unterliegt künftig einer Steuer von 5 vom Tausend des Lieferungspreises. Steuerpflichtig sind alle Personen, die eine selbständige gewerbliche Tätigkeit verrichten, mit Einschluß der Landwirtschaft. Sie haben Jahresaufstellungen zu machen, also Buch zu führen über die Höhe ihres Umsatzes und davon die Steuer zu entrichten. Betriebe, die mehrere selbständige gewerbliche Tätigkeiten in sich vereinigen (Bergwerk, Hüttenwerk, Walzwerk oder Weberei, Spinnerei, Appreturanstalt, Färberei), haben für den Nebenzweig, wenn der Wert der an den Hauptbetrieb gelieferten Erzeugnisse mehr als 100 000 M. beträgt, für diese eine besondere Steuer zu zahlen. Von dieser Bestimmung, deren Auslegung ganz dem Bundesrat anvertraut ist, und die erst nach dem Friedensschluß in Kraft tritt, können auch Konsumvereine, die nebenher eine Bäckerei oder einen anderen Nebenbetrieb pflegen, betroffen werden. Sie müßten, wenn sie der Bundesrat nicht ausnimmt, für die Erzeugnisse des Nebenbetriebes die doppelte Umsatzsteuer zahlen. Frei bleiben von der Steuer ganz kleine Geschäfte mit einem Jahresumsatz von weniger als 3000 M., frei bleibt aber auch die Entnahme von Erzeugnissen aus dem eigenen Betrieb. Die Folge ist, daß der Bauer für alle selbsthergezeugten landwirtschaftlichen Produkte, für die der städtische Verbraucher die Steuer tragen muß, von der Steuer verschont bleibt.

Eine besondere Gruppe von Waren, wie Edelmetalle, Perlen, Edelsteine, Werte der Plastik und der Malerei, Antiquitäten, Musikinstrumente, photographische Apparate, Bildnisse, Teppiche und Pelze, gelten als Luxusgegenstände und werden einer Steuer von 10 Prozent unterworfen. Dabei bleiben silberne Taschenuhren im Werte von nicht mehr als 100 M. und Teppiche bis zum Preise von 30 M. pro Quadratmeter frei. Der Bundesrat ist ermächtigt, weitere Gegenstände in die Luxusbesteuerung einzubeziehen. Vom Ertrag der gesamten Steuer, den man auf 1 1/2 Milliarden schätzt (wovon 1/4 Milliarde auf die seit zwei Jahren schon bestehende Steuer von 1 vom Tausend entfällt), sollen die Gemeinden 10 Prozent zur Aufbesserung ihrer Finanzen im allgemeinen und weitere 5 Prozent zur Beschaffung billiger Lebensmittel bekommen. Das ist ein kleines Pfälzerchen auf die große Wunde, die den Verbrauchern zugefügt wird. Die Steuer wird eine empfindliche Steigerung des ganzen Preisstandes bewirken, der wahrlich nicht mehr künstlich gesteigert zu werden braucht. Sie wird ein Hindernis der Preisenkung nach dem Kriege sein, um so mehr, als sie von ein und derselben Ware so oft erhoben wird, wie die Ware umgesetzt wird. Sie birgt auch die große Gefahr einer weiteren Anspannung in sich, denn es ist zu verführerisch, den Steuerfuß einfach von 5 v. T. auf 1 Prozent zu erhöhen, um den doppelten Ertrag zu erzielen. Der Versuch der Sozialdemokraten, wenigstens die notwendigen Lebensmittel von der Steuer auszuschließen, fand keine Unterstützung. So stimmten die Sozialdemokraten gegen die ganze Steuer, die vorläufig bis zum Jahr 1923 befristet ist.

Die Erweiterung der besonderen Abgaben, die mit den Postgebühren erhoben werden, bewirkt eine Verteuerung der Briefe von mehr als 20 Gramm im Nahverkehr, der Postkarten im Fernverkehr, die künftig 10 Pfg. kosten werden, ferner der Drucksachen, Pakete und Geldsendungen. Soweit der private Postverkehr hierdurch verteuert wird, kann man zugeben, daß eine progressive Belastung bis zu einem gewissen Grade sich aus der Natur der Sache ergibt, denn die wohlhabenden Volkskreise benutzen die Post im Durchschnitt in größerem Umfang als die ärmeren. Wenn man nun auch zugeben kann, daß die Post als Reichsmonopolbetrieb zu dem ungeheuren Geldbedarf des Reiches einen Teil beitragen soll, so ist doch zu beachten, daß der größere Teil des Postverkehrs auf das wirtschaftliche Leben entfällt. Soweit dieser Teil verteuert wird, führt er wiederum zur Erhöhung der Preise aller Bedarfsgegenstände. Es sollen durch diese Verkehrsverteuerung weitere 125 Millionen in die Reichskasse geführt werden. Ganz allgemein werden die höheren Geschäftskosten auf die Verbraucher abgewälzt, und zwar in aufgerundeten Beträgen. Das Reich aber soll nach unserer Ansicht, besonders in dieser Zeit der allgemeinen Uberteuering, nicht auch noch zur Verteuerung der Lebenshaltung der notleidenden Volksmassen beitragen. Von diesen Erwägungen ausgehend, stimmten die Arbeitervertreter auch gegen diese Vorlage.

Bei Beratung dieser Steuer wurde wieder einmal das Wort der Vortrefflichkeit besprochen, das die regierenden Kreise genießen. Es mußte auch von der Regierung zugegeben werden, daß dieses Vorrecht oft in größtem Maße mißbraucht worden ist, z. B. für die Verschönerung der Erzeugnisse der Güter der Landesfürsten, also für privatwirtschaftliche Zwecke. Aber zu dem Schritt, das Vorrecht der Vortrefflichkeit ganz aufzuheben, konnte sich die Regierung

nicht entschließen. In derselben Zeit, in der die armen Schichten des deutschen Volkes die allerschwersten Opfer zu bringen haben, fehlt es den Leitern der Reichsgeschäfte an dem Mut, den Landesfürsten zu sagen, daß für ein solches Vorrecht kein Raum mehr ist. Auf Grund einer Verständigung mit den bürgerlichen Parteien beschränkte sich die Regierung darauf, eine gesetzliche Einschränkung der Vortrefflichkeit der Fürsten in Aussicht zu stellen.

Ohne Bedenken kann die Arbeiterschaft den Steuern gegenüberstehen, die man unter der Bezeichnung Börsensteuern zusammenfaßt. Es handelt sich dabei zunächst um die Erhöhung des Wechselstempels um ein Fünftel. Gewiß wird damit der Kreditbedürftige auch getroffen, aber der Stempel ist auch nach dieser Erhöhung noch ein mäßiger. Dazu kommt, daß das Zahlungsmittel des Wechsels in wachsendem Maße auch von zahlungsfähigen Schichten benutzt wird. Diese können die kleine Mehrbelastung tragen. Weiter wird der Stempel auf Gründung und Erweiterung von Aktiengesellschaften erhöht, und zwar auf 5 Prozent. Warum soll nicht ein Unternehmen, das seine Gewinne nicht verbergen kann und daher zum Zweck der Kapitalverwässerung neue Aktien im Betrage von Millionen ausgibt, mit diesem Stempel belastet werden? Die Genossenschaften und die kleinen Gesellschaften mit beschränkter Haftung bleiben von der höheren Belastung verschont. Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, daß der sehr bescheidene Stempel auf Zinscheinbogen eine kleine Erhöhung erfährt. Das Kuponschneiden ist in unsern Augen nie eine Beschäftigung gewesen, die besonderer Pflege und Schonung bedürfte.

Dasselbe gilt von der Steuer auf die Tantiemen der Aufsichtsräte. Sie wurde von 8 auf 20 Prozent erhöht und hätte ohne Schaden noch weiter verschärft werden dürfen. Neu eingeführt wurde eine Steuer auf den Umsatz zinstragend bei den Banken hinterlegter Gelder. Die Sparkassen wurden auf Drängen der Sozialdemokratie von dieser Steuer frei gelassen. Das Kernstück der Börsensteuern bildet der Stempel auf den Umsatz von Aktien. Dieser Umsatz ist während des Krieges ein besonders lebhafter, und es kommen dabei Kurssteigerungen vor, wie sie in dieser Höhe im soliden Börsengeschäft kaum einmal erlebt wurden. Die Kriegsgewinnler sind es vorwiegend, die sich an den Börsen tummeln und einfach drauflos spielen, da sie nicht wissen, was sie sonst mit ihrem Geld anfangen sollen. Wenn für diese Börsengeschäfte ein Stempel von 3 vom Tausend von der Regierung vorgeschlagen wurde, so war das nur zu billig, wenn gleich der Satz eine Verzehrung des bisher geltenden bedeutet. Der Reichstag ging trotzdem mit dem Stempelsatz, der für die Friedenszeit gelten soll, auf 2 vom Tausend herunter, wollte aber zunächst für die Kriegszeit einen Stempel von 5 v. T. einführen. Gegen diesen Beschluß entfachte die Börse einen großen Lärm, drohte mit dem Börsenstreik und bewirkte damit, daß der Reichstag den Stempelbetrag für die Kriegszeit auf 3 v. T. festsetzte und den Bundesrat ermächtigte, diesen Satz auf 4 v. T. zu erhöhen und auf 2 v. T. herabzusetzen, je nach der Entwicklung der Börsenspekulation. Nach dieser Abschwächung des ursprünglichen Beschlusses lag für die Arbeitervertreter auch nicht der Schein eines Grundes für Ablehnung dieser Steuer mehr vor. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten daher für dieses Gesetz.

Die prinzipiell wichtigsten Kämpfe drehten sich um die direkten Besitzsteuern. Die Regierung hatte an solchen nur die Steuer auf die Mehrgewinne der Gesellschaften im vierten Kriegsgeschäftsjahr vorgeschlagen. Als Mehrgewinn gilt der Gewinn, den eine Gesellschaft über den Durchschnittsgewinn der letzten drei Friedensjahre hinaus erzielt. Die Steuer wurde auf 30 bis 60 Prozent des Mehrgewinns festgesetzt. Rund 600 Millionen erwartete die Regierung aus dieser Steuer. Die scharfe Kritik, die die Arbeitervertreter an der Verbrauchsbesteuerung übten, hatte immerhin den Erfolg, daß auch die bürgerlichen Parteien die Einseitigkeit des gesamten Steuerprogramms zugaben und erklärten, das Verhältnis der Belastung von Besitz und Verbrauch müsse mehr in der Richtung verschoben werden, daß der Besitz mehr zu tragen habe. So kam der Antrag von fünf Parteien zustande, gleichzeitig mit der Kriegsgewinnsteuer der Gesellschaften eine Steuer von den Einkommen der Einzelpersonen von mehr als 20 000 M., eine erhöhte Steuer von dem im Krieg erzielten Mehreinkommen und ein Steuer vom Vermögen zu erheben. Der Antrag führte zu einer scharfen Auseinandersetzung mit den bundesstaatlichen Finanzministern, die immer noch, trotz der gewaltigen Kriegskosten des Reichs, die direkten Steuern als ein den Bundesstaaten vorbehaltenes Steuergebiet betrachteten und nicht dulden wollten, daß auch das Reich den Besitz belastet. Die bundesstaatlichen Finanzminister erreichten, daß die bürgerlichen Parteien des Reichstages noch einmal auf die Besteuerung des einfachen Einkommens verzichteten. Aber die Besteuerung des Mehreinkommens und des Vermögens mußten sie dem Reich zugestehen. So wurde beschlossen, eine einmalige Reichsteuer vom Mehreinkommen in Höhe von 5 bis 50 Prozent zu erheben. Die Abgabe beträgt

für die ersten 10 000 M. des Mehreinkommens	5 Prozent
" " nächsten angefang. oder vollen 10 000 M.	10 "
" " " " " " " " 30 000	20 "
" " " " " " " " 50 000	30 "
" " " " " " " " 100 000	40 "
" " weiteren Beträge. . . . .	50 "

Zu dieser Steuer kommen noch die Steuern der Einzelstaaten und der Gemeinden. Die Abgabe vom Vermögen, die das Reich daneben erhebt, läßt Vermögen bis zu 100 000 Mark frei und beträgt

für die ersten 200 000 M. . . . .	1 vom Tausend
" " nächsten 300 000 " . . . . .	2 "
" " " 500 000 " . . . . .	3 "
" " " 1 000 000 " . . . . .	4 "
" " weiteren Beträge . . . . .	5 "

Auch die regierenden Landesfürsten, die auf dem Gebiet der direkten Steuern bei den Einzelstaaten und den Gemeinden immer noch Steuerfreiheit genießen, haben diese neuen Reichssteuern zu zahlen. Den Gesamtertrag der Mehreinkommen- und der Vermögenssteuer für das Jahr 1918 schätzt man auf 1200 Millionen Mark. Die großen Vermögen und Einkommen sind während des Krieges gewaltig gewachsen. Wenn in Preußen haben sich in den Kriegsjahren die Steuerpflichtigen mit mehr als 100 000 M. Jahreseinkommen um etwa 60 Prozent vermehrt. Nimmt man die 600 Millionen, die aus den Mehrgewinnen der Gesellschaften an Steuern aufgebracht werden sollen, hinzu, so werden also im Jahre 1918 aus neuen Besitzsteuern der Reichsstaatskasse 1800 Millionen zufließen. Und rechnet man den Ertrag der Börsensteuern und der Schaumweinsteuer hinzu, so hat der Besitz rund 2 Milliarden zu tragen. Auf die neuen Verbrauchssteuern entfällt dagegen im laufenden Jahr eine Last von 1 Milliarde. Die Verbrauchssteuern, die in den beiden vorhergehenden Jahren eingeführt wurden, sind aber mit 1 1/2 Milliarden hinzuzurechnen. Im nächsten Jahr, wenn die neuen Verbrauchssteuern volle zwölf Monate fließen werden, kann mit 1,6 bis 1,8 Milliarden aus den neuen und 1,5 Milliarden aus den früheren Verbrauchssteuern gerechnet werden. Die Besitzsteuern mit Ausnahme der Börsen- und der Schaumweinsteuer sind aber nur für ein Jahr beschlossen. Es müssen folglich, wenn das Verhältnis nicht zu einseitig werden soll, erst wieder neue Besitzsteuern beschlossen werden.

Wir erblicken eine harte Ungerechtigkeit in dieser Steuererfassung. Die Besitzenden, die die Not des Krieges an eigenen Leibe noch nicht zu spüren bekommen haben, denen auch viel mehr geschützt wird durch die deutschen Truppen als den Arbeitern, sollten in erster Linie zu den finanziellen Lasten herangezogen werden. So verfährt man in England, wo neben einer hohen Kriegsgewinnsteuer scharfe Steuern vom alten Vermögen und Einkommen erhoben werden. Nicht weniger als 6 Milliarden Mark fließen der englischen Staatskasse jährlich aus der Besteuerung der Vermögen und Einkommen zu. In Deutschland aber entschließt man sich nicht einmal zum Ausbau der Erbschaftsteuer, die von der Sozialdemokratie beantragt wurde, und die in keinem Staat Europas so niedrig ist wie bei uns.

Die Lehre, die sich daraus ergibt, ist die, daß die Masse der Besitzlosen sich ihrer Haut wehren muß. Wenn die Arbeiterschaft ihr ganzes Gewicht in die Waagschale wirft, dann ist es ein Leichtes, auch die bürgerlichen Parteien zu größeren Zugeständnissen zu zwingen, als sie in diesem Jahr erreicht wurden. Die kommenden Jahre werden noch viel größere Steuerlasten bringen, denn die Kriegsschuld und damit die Zinslast wächst ins Riesenhafte. Nicht weniger als 130 Milliarden Mark hat der Krieg bereits verschlungen. Wieviel er noch verschlingen wird, kann niemand voraussagen. Will die Arbeiterklasse verhindern, daß sie mit Steuerlasten erdrückt wird, so muß sie sich um diese Dinge kümmern, zusammenstehen und ihre staatsbürgerlichen Rechte ausüben zur Wahrung ihrer eigenen Lebensinteressen.

## Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

Juni.

In der Lage des Arbeitsmarktes sind im Monat Juni wesentliche Änderungen nicht zutage getreten. Doch fällt in der zusammenfassenden Uebersicht im „Reichs-Arbeitsblatt“ die Bemerkung auf, daß sich die Beschäftigung dem Vorjahr gegenüber nur annähernd auf gleicher Höhe hielt. Für die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe wird über die Geschäftslage nach den Mitteilungen von Unternehmern das Folgende gesagt: „Die Berichte aus den wichtigsten Zweigen der Holzindustrie für den Monat Juni lauten im allgemeinen wieder zufriedenstellend, wenn auch das Geschäft z. B. in den Sägewerken unverändert ruhig geblieben ist. Gegenüber dem Vorjahr scheint bisweilen eine gewisse Abschwächung eingetreten zu sein. Die Fabrikanten hatten übrigens recht gut zu tun. In der Korbwarenindustrie blieb der Umsatz der gleiche wie im Vormonat, und gegenüber dem Vorjahr ist etwas mehr zu tun. In der Rohmöbelindustrie ruhte das Geschäft aus naheliegenden Gründen. In der Herstellung von Bürkenwaren war die Beschäftigung wie im Vormonat günstig, dagegen in der Schirmindustrie nicht befriedigend.“

Bei der vom Deutschen Holzarbeiter-Verein veranstalteten monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad wurden im Monat Juni wieder 151 Betriebe erfasst. Das Ergebnis der Erhebung in den einzelnen Zweigen des Gewerbes zeigt die folgende Zusammenstellung:

Berufszweig	Betriebe	Anzahl Arbeiter	Erwerblose	Zunahme im Monat	Zunahme im Jahr	Geschäftsgang				
						sehr gut	gut	bee-friedigend	schlecht	
Möbel	41	5180	3089	150	356	6151	20	2478	61242	8155
Bau und Möbel	10	1172	427	90	29	125	8	787	1290	—
Weisse Möbel	2	248	158	1	5	98	1	150	—	—
Bugumöbel	3	465	306	5	18	—	2	803	172	—
Bau	4	311	324	10	4	—	1	150	160	2131
Schle	11	667	505	22	18	3	187	8	480	—
Pianos und Flügel	18	2657	2747	164	128	8	875	9	1104	6778
Sonst. Musikinstr.	4	855	75	90	4	1	670	1	35	2150
Bücher u. Binsel.	13	3030	1243	60	94	—	9	2392	4698	—
Mieststifte	4	1283	475	17	30	1	180	1	285	2388
Werkzeuge	8	2790	275	41	5	3	1529	8	535	1351
Waggons	9	2240	331	37	34	1	107	5	1429	2506
Sport- u. Kutschern.	2	650	199	155	—	1	285	—	1	865
Automobile	3	176	91	2	7	—	1	75	2101	—
Maschinen	8	473	682	6	11	—	2	116	6357	—
Zusammen	151	26658	11177	1008	987	23586	81	11962	407970	7865
Im Vormonat	151	26668	11064	657	814	191169	83	14186	447954	5360

Verglichen mit dem Vormonat, ist die eingetretene Veränderung nicht sehr erheblich. Über gegenüber dem Stand vor einem Jahr hat sich die Zahl der Beschäftigten sehr beträchtlich gesteigert. Im Monat Juni 1917 wurden in den damals erfassten 155 Betrieben nur 19 789 Arbeiter beschäftigt, von denen 35,3 Prozent in Betrieben mit befriedigendem und schlechtem Geschäftsgang arbeiteten. Im Juni 1918 entfielen von 26 658 Arbeitern 32,1 Prozent auf Betriebe mit befriedigendem und schlechtem Geschäftsgang. Von je 100 Arbeitern kamen auf Betriebe mit Geschäftsgang:

	Sehr gut	Gut	Befriedigend	Schlecht
Juni 1917	18,3	46,4	27,5	7,8
Mai 1918	15,6	53,2	29,8	1,4
Juni 1918	22,0	44,9	29,9	3,2

Beachtenswert ist, daß die Berichterstattung der Krankenkassen einen Rückgang der Beschäftigten ergibt. Ueber ihren Stand am 1. Juli haben 6319 (im Vormonat 5346) Krankenkassen berichtet. Diese hatten

am 1. Juni	4 533 592 männliche, 4 663 801 weibliche,
am 1. Juli	4 445 637 männliche, 4 637 263 weibliche.

versicherungspflichtige Mitglieder abzüglich der arbeitsunfähigen Kranken.  
Hiernach haben die männlichen Beschäftigten um 87 955 oder 1,9 Prozent und die weiblichen um 26 538 oder 0,6 Prozent abgenommen. Insgesamt ist die Zahl der Beschäftigten um 114 493 oder 1,2 Prozent gefallen.  
An beruflich gegliederten Krankenkassen ist die Holzindustrie in dieser Zusammenstellung vertreten mit 8 Ortskrankenkassen und 24 Innungs- und Berufsvereinen der Tischler und 99 Betriebskrankenkassen aus der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. Diese 131 Kassen hatten am 1. Juli 28 116 männliche und 10 031 weibliche Mitglieder, abzüglich der erwerbsunfähigen Kranken. Verglichen mit dem Vormonat, ist die Zahl der männlichen Mitglieder um 609 gefallen, während die der weiblichen um 58 gestiegen ist.

Ueber ihre Tätigkeit im Monat Juni haben 1648 (im Vormonat 1643) Arbeitsnachweise an das „Reichs-Arbeitsblatt“ berichtet. Darunter waren 268 (260) Fehlanzeigen von Arbeitsnachweisen, die im Berichtsmonat keine Tätigkeit entfaltet haben. Die Berichte der Arbeitsnachweise lassen eine weitere Verminderung des Andranges der Arbeitstuchenden bei gleichzeitiger Vermehrung der Zahl der offenen Stellen erkennen. Diese Tendenz zeigt sich auf dem Arbeitsmarkt für beide Geschlechter. Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitstuchende:

	männliche	weibliche
Juni 1917	47	86
Mai 1918	59	85
Juni 1918	53	83

In der Holzindustrie ist das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt den Arbeitern noch günstiger als der Gesamtdurchschnitt. Bei den männlichen Arbeitern kamen 3295 Arbeitstuchende auf 7519 offene Stellen. Befest wurden 2396 Stellen. Bei den Arbeiterinnen kamen 888 Arbeitstuchende auf 1172 offene Stellen. Befest wurden 764 Stellen. Auf je 100 offene Stellen kamen in der Holzindustrie Arbeitstuchende:

	männliche	weibliche
Juni 1917	39	53
Mai 1918	49	85
Juni 1918	44	69

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß in der Holzindustrie ein recht starker Arbeitermangel herrscht. Das wird auch durch die tatsächlichen Berichte der Arbeitsnachweiskontrollen bestätigt. Soweit in diesen die Holzindustrie besonders erwähnt wird, geben wir das Mitgeteilte nachstehend wieder: Der Arbeitsnachweisverband Pommern meldet, daß der Mangel an Arbeitskräften im Holzgewerbe groß ist. In Mecklenburg-Schweden sind wegen Vertiefung der Seereschiffe bei den Stellmachern Nachfrage und Beschäftigung zurückgegangen. Der Arbeitsnachweisverband Posen berichtet über fortwährenden Mangel an Holzarbeitern. Auch in Schlesien konnte wie im Vormonat der Bedarf an Holzarbeitern nicht gedeckt werden. In dem Bezirk des Verbandes Westfälischer Arbeitsnachweise heißt es für Provinz Westfalen: „Die Holzindustrie wies ein ausreichendes Maß an Aufträgen auf, abgesehen von Aufträgen für die Herstellung von Einheitsmöbeln vorlagen; bessere Facharbeiter, wie Tischler, Holzschreiner und Drechsler, dagegen waren sehr knapp. Die erhöhten Aufträge für Holzwerkzeuge durch die Nachfrage nach Karbmachern steigern.“ Im Rheinisch-Westfälischen Land wie in den Vormonaten der beiden Rheinländer nach Arbeitskräften nur ein geringes Angebot gegenüber. In Thüringen konnten der Holzindu-

trie bei gleich groß gebliebener Nachfrage weniger Arbeiter zugewiesen werden. Im Bereich des X. Armeekorps, umfassend Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Schaumburg-Lippe, konnte die starke Nachfrage nach gelernten Holzarbeitern nur zum Teil befriedigt werden. Aus Bremen wird berichtet, daß Bau- und Möbeltischler fehlen. In dem Bericht des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbandes heißt es für Hessen, Hessen-Rassau und Waldeck: „Die Betriebe der Holzindustrie waren infolge namhafter Aufträge für Seereschiffe gut beschäftigt. Die Nachfrage nach Schreibern und Maschinenarbeitern wuchs. Daneben wurden auch Möbelschreiner für die private Möbelindustrie stärker verlangt.“ In Westfalen und Lippe waren Möbelschreiner sehr begehrt. Im Rheinland waren die vorhandenen Arbeitskräfte voll beschäftigt, und die Nachfrage nach Schreibern hat noch eine weitere Steigerung erfahren. Aus Bayern wird gemeldet, daß die aus den verschiedenen Regierungsbezirken eingelaufenen Berichte des Holz- und Schnitzstoffgewerbes meist recht günstig lauten; so sind z. B. in Niederbayern im Schreinerhandwerk die Aufträge, besonders auch die Seereschiffe, so zahlreich, daß die Unternehmer ihnen mit Rücksicht auf den großen Mangel an Arbeitskräften nicht immer gerecht werden können. In Baden war der Bedarf an Arbeitern an den meisten größeren Plätzen weitaus größer als das vorhandene Angebot. Und in Elfaß-Lothringen stieg in den größeren Städten im Laufe des Monats die Nachfrage nach Arbeitskräften bedeutend.

Der Stand der Arbeitslosigkeit hat nach den Berichten der Gewerkschaften im Monat Juni eine weitere Besserung erfahren. Der Statistik im „Reichs-Arbeitsblatt“ liegen die Berichte von 37 Organisationen zugrunde, die Ende Juni 1274 835 Mitglieder umfaßten, von denen 1218 699 bei der Zählung berücksichtigt wurden. Arbeitslos waren am Stichtage 9823 Personen. Das sind 0,8 Prozent der erfassten Mitglieder. Ebenso groß war der Prozentfuß der arbeitslosen Mitglieder an den Stichtagen in den beiden vorhergehenden Monaten, während Ende Juni vorigen Jahres 0,9 Prozent Arbeitslose gezählt wurden. Von den männlichen Mitgliedern waren Ende Juni 0,2 (Ende Mai 0,3) und Ende Juni vorigen Jahres 0,3) Prozent arbeitslos. Bei den weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern betrug die Arbeitslosigkeit Ende Juni 2,4 Prozent gegen 2,5 Prozent Ende Mai und 2,8 Prozent Ende Juni 1917.

Von den zur Industrie der Holz- und Schnitzstoffe zählenden Verbänden umfaßt der Bildhauer-Verband 831 Mitglieder, von denen 3, gleich 0,5 Prozent, arbeitslos waren. Der christliche Holzarbeiter-Verband hat 6204 Mitglieder, darunter 2 Arbeitslose. Der Gewerksverein der Holzarbeiter hat unter 2881 Mitgliedern, von denen 2628 erfasst sind, 19 Arbeitslose, gleich 0,7 Prozent. Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband figuriert in dieser Liste mit 94 418 Mitgliedern. Bei der Zählung erfasst wurden 75 264 männliche und 18 876 weibliche, zusammen 94 140 Mitglieder, von denen am Stichtage 353 männliche, gleich 0,5 Prozent, und 203 weibliche, gleich 1,1 Prozent, zusammen 556, gleich 0,6 Prozent, arbeitslos waren.

Zum Schluß fügen wir noch eine Uebersicht über die Verteilung der Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes und der Arbeitslosen auf die einzelnen Staaten und Landesteile an, die den Stand am Ende des vierten Quartals 1917 und des ersten Quartals 1918 wiedergibt. Hierbei halten wir uns an die amtliche Einteilung, die von unserer Gaueinteilung wesentlich abweicht.

Staaten und Landesteile	Mitglieder Ende		Arbeitslose Ende		Arbeitslose auf 100 Mitgl. Ende	
	März 1918	Juni 1918	März 1918	Juni 1918	März 1918	Juni 1918
1. Ostpreußen, Westpreußen, Pommern	3795	3716	20	5	0,52	0,13
2. Berlin und Brandenburg	15862	16155	262	289	1,64	1,79
3. Posen und Schlesien	4112	4023	23	12	0,56	0,30
4. Prov. Sachsen und Anhalt	6281	6031	29	10	0,46	0,17
5. Schleswig-Holstein, beide Mecklenburg, Fürstentum Lübeck, Hansestädte Lübeck und Hamburg	6309	6360	20	19	0,31	0,30
Hannover, Oldenburg (ohne Fürstentum Lüneburg und Verden), Braunschweig, Bremen	8329	8411	21	23	0,25	0,30
7. Westfalen, beide Lippe	1230	1288	—	—	—	—
8. Rheinprovinz und Niederrhein	3198	3414	1	1	0,03	0,03
9. Hessen-Rassau, Großherzogtum Hessen, Waldeck	3405	3388	2	3	0,06	0,09
10. Bayern (rechtsrheinisch)	1268	1178	63	58	0,56	0,49
11. Königreich Sachsen und thüringische Staaten	2145	2190	210	132	0,98	0,61
12. Württemberg, Baden, Hohenzollern	6362	6537	5	—	0,05	—
13. Elfaß-Lothringen und Reichs Elsaß	802	965	1	1	0,12	0,10
<b>Deutsches Reich</b>	<b>92511</b>	<b>94140</b>	<b>655</b>	<b>558</b>	<b>0,70</b>	<b>0,59</b>

### Soziales.

**Das preussische Wahlrecht und die christlichen Arbeiter.**  
In der öffentlichen Erörterung der Wahlrechtsfrage ist eine kurze Pause eingetreten. Anfang September tritt der Verfassungsausschuss des Herrenhauses zusammen. Das wird das Signal sein für die Wiederaufnahme einer lebhaftesten Präferenzörterung über diesen Gegenstand. Die Behandlung dieser wichtigsten Frage der Gegenwart in den Verhandlungen ist leider sehr gehemmt, weil in vielen Bezirken die militärischen Befehlshaber auf Grund des Belagerungszustandes die öffentliche Besprechung der Wahlrechtsfrage in Versammlungen nicht gestatten. Diese Verbote sind vermutlich diktiert von dem Wunsch, den „Bürgerfrieden“ zu erhalten. Tatsächlich ist aber der Bürgerfriede längst tot, und bald wird es auch nicht mehr möglich sein, die Besprechung der Wahlrechtsfrage in Versammlungen zu verhindern. Der Ministerpräsident Graf Hertling hat sich verpflichtet, den Landtag aufzulösen, wenn es ihm nicht gelingt, das gleiche Wahlrecht durchzusetzen. Voraussichtlich wird das

Herrenhaus den entscheidenden Beschluß, der zur Auflösung führen muß, noch im Herbst fassen, so daß mit der Landtagswahl im kommenden Winter gerechnet werden darf. Dann kann auch die Diskussion in den Versammlungen nicht mehr verhindert werden.

Die Tatsache, daß eine größere Anzahl Zentrumsabgeordneter den Konservativen geblieben haben, das gleiche Wahlrecht zu Fall zu bringen, hat in den Kreisen der Zentrumsarbeiter viel Unruhe gemacht. Man darf aber nicht glauben, daß die leitenden Kreise der christlichen Gewerkschaften, die den Stamm der Zentrumsarbeiter bilden, begeisterte Freunde des gleichen Wahlrechts, das heißt einer machtvollen Volksvertretung wären, die ein Spiegelbild des Volkswillens ist. Nur die vorgezeichneten „Sicherungen“ machen ihnen das gleiche Wahlrecht annehmbar. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, das Organ der christlichen Gewerkschaften nahe liegenden katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, bespricht in einem längeren Aufsatz die Sicherungen, durch welche eine „demokratische Massenbewegung“ vom preussischen Landtag ferngehalten werden soll.

Zu den Sicherungen, welche schon die Regierungsvorlage enthalten hat, gehört die Verbeibehaltung der ungleichen Wahlkreiseinteilung. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ sagt von dieser Wahlkreiseinteilung: „Die ländlich-konservativen Wähler sind stark bevorzugt.“ Sie aber keineswegs für eine gerechte Einteilung. Die „ländlich-konservativen“ Wähler sollen, vermutlich wegen ihrer geringeren politischen Reife, auch künftig bevorzugt werden, aber nicht gar zu sehr: „Keine mechanische Einteilung nach Kopfzahl, aber auch keine unbillige Zurücksetzung der dichtbevölkerten Gebiete“, also eine etwas temperierte Ungleichheit, das ist das Ideal der Merkanten Arbeiter.

Zur Ausübung des Wahlrechts war bisher ein halbjähriger Wohnsitz in der Gemeinde erforderlich; die Regierungsvorlage schlägt den einjährigen Wohnsitz vor, und das Merkante Blatt meint dazu: „Dadurch, daß die Gesesshaftigkeit belohnt wird, ist ohne Zweifel eine neue Sicherung gegen Linksströmung geschaffen worden.“ Der Beschluß des Abgeordnetenhauses, der eine zweijährige Gesesshaftigkeit verlangt, geht aber dem Blatt zu weit; dadurch werden nach seiner Schätzung etwa 20 Prozent Industrie- und Bauarbeiter vom Wahlrecht ausgeschaltet. Weitere 4 Prozent der Wähler verlieren das Wahlrecht durch die Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 24 auf 23 Jahre.

Zu den „Sicherungen gegen die demokratische Flut“ gehört auch die auf Vorschlag der Regierung beschlossene Erweiterung des Abgeordnetenhauses durch die Erweiterung der Rechte der Ersten Kammer. Diese nicht aus Wahlen hervorgehende Körperschaft kann der Volksvertretung in den Arm fallen, wenn letztere im Staatshaushalt einen Posten streichen oder kürzen will. Dann kann die Erste Kammer die Einfügung eines aus Mitgliedern beider Häuser bestehenden Vorkonmissionsausschusses verlangen. Während das Herrenhaus jetzt den Haushaltsplan nur im ganzen annehmen oder ablehnen kann, soll künftig die Erste Kammer die einzelnen Posten beraten dürfen, und wo eine Einigung mit dem Abgeordnetenhaus nicht zu erzielen ist, da erfolgt die Durchzählung durch beide Häuser. Die Möglichkeit, aus politischen Gründen bestimmte Posten des Haushaltsplanes abzulehnen, wird dem Abgeordnetenhaus genommen, denn der Regierung ist das Recht eingeräumt, alle Ausgaben zu leisten, die zur Erhaltung gesetzlicher Einrichtungen oder Durchführung beschlossener Maßnahmen notwendig sind, auch wenn der Haushaltsplan noch nicht genehmigt ist. Von der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Wahlpflicht sagt das Blatt zutreffend, daß sie auf dem Lande sehr zugunsten jener Parteien wirkt, die von der Demokratie nichts wissen wollen.

Nach Besprechung dieser „Sicherungen“ sagt die „Westdeutsche Arb.-Ztg.“: „In dieser Beleuchtung das gleiche Wahlrecht betrachtet, verliert es vielleicht seine Schrecken für manchen Gegner.“ Für die Zentrumsparthei und auch für die zu dieser Parthei gehörigen Arbeiterführer reichten aber diese Sicherungen nicht aus. Das Zentrum verlangte und fekte durch, daß die Rechte der Kirche und der konfessionelle Charakter der Volksschule unter verfassungsmäßigen Schutz gestellt wurden. Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat kann nicht mehr von der Mehrheit der Volksvertretung geändert werden; hierzu ist Dreiviertelmehrheit in jeder der beiden Kammern erforderlich. Das gleiche gilt für jede Aenderung der Verfassung.

Das Merkante Arbeiterblatt lehnt für das in dieser Weise „gesicherte“ Wahlrecht die weitere Befassung durch Zusätzlichen ab. Es ist selbstverständlich, daß jeder, der wünscht, daß das Parlament auch in Preußen eine Volksvertretung sein soll, die Spätgeburt, die durch die Beschlüsse der reaktionären Mehrheit des Dreiklassenhauses zustande kam, mit Entrüstung ablehnt. Die „Sicherungen“ sind ein hoher Kaufpreis für das gleiche Wahlrecht, und man kann im Zweifel sein, ob der Preis nicht zu hoch ist. Aber die Konservativen mit ihren Freunden aus dem Lager der Nationalliberalen und des Zentrums wollen dem Volk in Preußen trog all der entwürdigenden „Sicherungen“ das gleiche Wahlrecht nicht gönnen. Als ausgeschlossen kann es gelten, daß die feudalen Junker im Herrenhaus in dieser Hinsicht liberaler sind als die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes.

Die Regierung wird, so ungern sie es auch tun mag, das Abgeordnetenhaus auflösen müssen. Der dann folgende Wahlkampf wird schwer sein. Die Wahl wird noch nach den Bestimmungen des Dreiklassenrechts vollzogen, und die Verwaltungsbehörden, die Regierungspräsidenten, Landräte usw., die einen starken Einfluß auf den Ausfall der Wahlen ausüben können, gehören fast durchgängig zur wahlrechtsfeindlichen konservativen Parthei. Trotzdem sehen wir der Neuwahl des preussischen Landtags hoffnungsvoll entgegen. Das Dreiklassenwahlrecht hat sich dermaßen abgeschwächt, daß allen Schwierigkeiten zum Trog der Sturz der reaktionären Landtagsmehrheit zu erwarten ist.

### Das teure Brot.

Die Wirkung der von der Regierung den Agrariern bewilligten höheren Getreidepreise beginnt sich fühlbar zu machen. Der 10. August ist der Wendepunkt. In dieser

Loage wird die Brotzation wieder erhöht, aber noch nicht auf den früheren Stand. Die Kopfmenge weist an den einzelnen Orten keine Verschiedenheiten auf, die in der Hauptsache auf die geringere oder stärkere Verwendung von Streckungsmitteln zurückzuführen sind.

Schon bei der Herabsetzung der Brotmenge hat man die Gelegenheit benützt, eine Preiserhöhung durchzuführen. Das Brot von 1950 Gramm hatte 88 Pf. gekostet; nach diesem Preis berechnet, hätten 1750 Gramm für 79 Pf. abgegeben werden müssen, der Preis wurde aber auf 81 Pf. festgesetzt.

Der 19. August ist auch noch in anderer Beziehung ein wichtiges Datum für die Volksernährung. In diesem Tage beginnt die erste der vier fleischlosen Wochen, die wir in diesem Herbst über uns ergehen lassen müssen.

Wir halten den Streit über die Frage, wo die Ernährungsverhältnisse am schlechtesten sind, für ziemlich müßig. Tatsache ist es, daß man in allen Großstädten und Industriebezirken verhungern müßte, wenn man auf die amtlich zugewiesene Lebensmittelration angewiesen wäre.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Selmbrechts (Gau Nürnberg) wurde eine neue Zahlstelle gegründet.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 33. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

9703 (JgdL) Frz. Nawrodt, Säger, geb. 7. 6. 01 zu Wernersdorf.

782257 Mich. Gaud, Säger, geb. 22. 3. 51 zu Neufang.

809158 Marg. Stunig, Holzarb., geb. 29. 5. 02 zu Landsberg a. d. Warthe.

809159 Erna Stunig, Holzarb., geb. 12. 9. 00 zu Landsberg a. d. Warthe.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstand.

Unsere Lohnbewegung.

Die Teuerungszulagen.

Als Antwort auf die dem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes zugesandten Forderungen hat unser Verbandsvorstand die Mitteilung erhalten, daß die zentralen Verhandlungen am 19. August in Nürnberg stattfinden können.

Als Vertreter der Arbeitgeber werden an den Verhandlungen in Nürnberg folgende Herren teilnehmen: Koniegn (Breslau), Kalisch (Berlin), Wolfrohm (Hamburg), Braß (Bremen), Schildknacht (Stuttgart), Thiele (Hannover), Hagenaß (Leipzig) sowie ein noch zu bestimmender Vertreter aus Rheinland-Westfalen.

Vielefeld. (Arbeitszeitverkürzung.) Gemeinsam mit den Metallarbeitern wurde im Juni eine Bewegung eingeleitet, um eine Arbeitszeitverkürzung in der Großindustrie zu erreichen. Da der Arbeitgeberverband die Forderungen zunächst ohne jede Verhandlung ablehnte und schließlich die dann aufgenommenen Verhandlungen sich hinschleppen, verließ die übergroße Zahl der Arbeiter an drei Sonntagen mittags die Betriebe.

- 1. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 1 1/2 Stunden,
2. für die Lohnarbeiter als Ausgleich für die ausfallenden Arbeitsstunden eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2 1/2 bis 3 Prozent,
3. die Revision der Stundenlöhne der Lohnarbeiter und der Verdienste der Akkordearbeiter in den einzelnen Betrieben, wobei als ausbesserungsbedürftig anerkannte Verdienste der heutigen Zeit entsprechend erhöht werden sollen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt ab 5. Oktober. An den Sonntagen ist dann mittags 1 1/2 Uhr Arbeitsluß. Bisher wurde 55 1/2 Stunden die Woche gearbeitet, dann nur noch 54 Stunden. Es soll versucht werden, die Verkürzung schon zu einem früheren Termin zur Einführung zu bringen.

Aus der Holzindustrie.

Die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes.

Ueber die Tagung des Arbeitgeber-Schutzverbandes in Jena bringt die „Fachzeitung“ nur einen sehr knappen Bericht. Hiernach fand am 2. August eine Sitzung des Gesamtvorstandes und anschließend die Generalversammlung der Streikentschädigungskasse statt.

Ueber das Arbeitskammengesetz referierte Koniegn (Breslau). Er bemängelte insbesondere die von der Reichstagskommission beschlossene territoriale Gliederung. Beschlossen wurde, die Wiederherstellung des Regierungswurfs, der die sachliche Grundlage vorstellt, auf das dringendste zu empfehlen.

Dann beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, wozu eine von dem Referenten Knieß (Kassel) vorgelegene Resolution beschlossen wurde. Bemerkenswert ist, daß in ihr gegen die Aufhebung nicht protestiert, sondern nur zum Ausdruck gebracht wird, daß die Aufhebung des § 153 nicht ein Recht auf Ausschreitungen in sich schließen darf und auch nicht das Recht, die Arbeitgeber in einen förmlichen Belagerungszustand zu versetzen.

des § 152 fortführt. Das läßt darauf schließen, daß man im Lager des Arbeitgeber-Schutzverbandes gar nicht darüber im Klaren ist, was man in dieser Frage eigentlich will.

Außer anderen Fragen, über die nicht weiter berichtet wird, beschäftigte sich die Generalversammlung mit einem Antrag von Peine, und sie beschloß, entsprechend diesem Antrag in einer Eingabe die Freigabe von g. v. h., a. v. und Hilfsdienstpflichtigen Leuten für Zwecke der Kleinwohnungsbau zu verlangen.

Löhne und Arbeitszeit in Norwegen.

Dem „Bulletin“ der Internationalen Union der Holzarbeiter entnehmen wir den folgenden Bericht:

Der Norwegische Holzarbeiter-Verband hat kürzlich das Ergebnis einer Statistik über die Löhne und die Dauer der Arbeitszeit veröffentlicht, die er im September 1917 veranstaltete. Wir geben daraus folgende Tabelle wieder:

Table with 5 columns: Beruf, Durchschnittlicher Stundenlohn 1914, 1918, 1917, and Arbeitszeit 1917. Rows include Zimmerer, Tischler, Werkstattdreher, Schiffszimmerer, Schiffstischler, Modelltischler, Böttcher, and Stellmacher.

Für die Jahre 1914 und 1918 ist die wöchentliche Arbeitszeit gleichmäßig mit 55 1/2 Stunden für alle Branchen angegeben. Bei der Berechnung des vorstehenden Durchschnittslohnes sind nur die Arbeiter von 22 bis 60 Jahren in Betracht gezogen.

Dem Gesamtdurchschnitt, der nach den Lohnangaben aus dem ganzen Land zusammengestellt ist, fügen wir noch für einige größere Städte den örtlichen Durchschnittslohn der Arbeiter von 22 bis 60 Jahren an:

Table with 7 columns: Ort, and 6 columns for Durchschnittlicher Stundenlohn 1917 in different currencies. Rows include Zimmerer, Tischler, Bautischler, Maschinendrehler, Modelltischler, Schiffstischler, Schiffszimmerer, Fabrikarbeiter, and Böttcher.

Die Statistik erstreckte sich ferner auch auf die Ausgaben für Wohnungsmiete. Diese betragen monatlich im Durchschnitt:

Table with 5 columns: Ort, 1 Zimmer, 2 Zimmer, 3 Zimmer. Rows include Kristiania, Bergen, Trondhjem, Stavanger, Fredrikstad, Kristiansund, Hammerfest, and Naesund.

Arbeitslosigkeit im Monat Juli 1918.

Large table showing unemployment statistics by Gau (Danzig, Götting, Breslau, Berlin, Dresden, Leipzig, Erfurt, Magdeburg, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Frankfurt, Nürnberg, München, Stuttgart, Hauptkasse) with columns for Arbeitslose Mitglieder am Orte and Unterstüfung haben erhalten.

Summary table for July 1918 with columns for month and various unemployment metrics.

Von nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingekandt: Wolfshagen - Jauer, Ramitz - Adlershof - Großhartmannsdorf, Olbernhau, Schandau - Simbach - Böhlen, Gehren, Probstzella, Themar, Waltershausen, Weiskensels - Delitzsch, Goslar - Dannenberg, Sonderburg - Burgdorf, Detmold, Nienburg, Oeynhausen, Osterode - Orlund, Hamborn - Dübenheim, Hanau, Spremlingen - Amberg, Cadolzburg, Lauf - Mühlendorf, Plattling - Reichenhell, Schwaben, Wehrstathausen - Bruchsal, Troßingen.

Table for comparison of unemployment figures with columns for Anzahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats and Vergleich 100 Mitglieder entfallenden Arbeitslosen am letzten Tage.

Zur Ergänzung dieser Angaben des Holzarbeiter-Verbandes entnehmen wir dem letzten Jahresbericht des Norwegischen Möbelerarbeiter-Verbandes die folgenden durchschnittlichen Stundenlöhne der Möbelschleifer im Jahre 1917:  
 Kristiania 92 Dere, Bergen 83,8, Stavanger 83,8, Trondhjem 75,7, Drammen 70,7, Fredrikstad 57,9, Kristiansund 75,9, Kristiansand 70,9, Nalefund 78,2, Askim 77,4 Dere.  
 In Kristiania verzeichnen außerdem die Piano- und Orgelbauer einen durchschnittlichen Stundenlohn von 69,2, die Korbmacher 96 und die Bildhauer 122 Dere.  
 Der Gesamtdurchschnitt für die Möbelerarbeiter des ganzen Landes betrug im Jahre 1917 pro Stunde 79,4 Dere gegen 68,9 Dere im Jahre 1916.

### Gewerkschaftliches.

#### Ein Notzettel.

Der Zentralverband der Dachbedcker hat an das Reichsamt des Innern den folgenden Notzettel gerichtet:

Not und Sorgen unserer Mitglieder zwingen uns, an das Reichsamt des Innern einen Warnungsruuf zu richten. Es geht so nicht mehr weiter. Unsere Kollegen gehen körperlich zu Grunde. Seit zwei Jahren steigen die Preise für Gebrauchsgegenstände in geradezu unverschämter Weise. Waren, die in Deutschland hergestellt werden, sind um 300 bis 400 Prozent und mehr teurer geworden. Um ein Paar Arbeitslosen zu kaufen, die früher mit 4 bis 5 Mk. bezahlt wurden, dazu gehört jetzt ein Wochenlohn. Wir haben in vier Jahren 50 Prozent an Lohnerhöhungen bekommen, schnelle Gewinnzucht aber hat alles um 200 Prozent verteuert. Daran ist jedoch nicht der Krieg, sondern die Eier nach Kriegsgewinn schuld.

Trotz fünfzigprozentiger Lohnerhöhung müssen unsere Kollegen darben. Es reicht nicht für die Schleichhandelspreise, von den rationierten Waren werden sie nicht satt. Sie haben nichts mehr anzuziehen. Jede Woche wird das schlimmer. Verschiedene Artikel sind heute um das Zwanzigfache im Preis gestiegen, der Lohn nur um die Hälfte. Wir können nicht mehr mit, wir sind am Ende. Es gibt nur noch ein Entweder-Oder. Entweder die Regierung findet den Mut, die elenden Preistreiber wirklich aufzuhängen, wenn es Galgen genug für sie gibt, oder sie stellt den Bedarf für die Arbeiter sicher, wie die Kleidung für die Soldaten. Mit einem Wort, die Regierung sehr schnell ein, daß wir so, wie es heute geht, einfach wirtschaftlich erdrückt werden.

Unsere Schränke, unsere Kassen sind leer, unsere Ersparnisse liegen in den Geldschränken der Wucherer, unsere Kinder darben, es fehlt am Nötigsten. Das andere verkommt, weil nichts mehr gereinigt werden kann. Mit unserem Blut und unseren Knochen treibt die Gesellschaft der Hyänen auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld einen schamlosen Handel, wir sind gezwungen, unser eigenes Fleisch von den Kriegsgewinnlern zurückzukaufen — es geht einfach über unsere Kraft.

Das alles sind Dinge, die mit dem Krieg nichts zu tun haben und abgestellt werden können. Wenn es so weitergeht, dann hilft kein Reden, keine schöne Worte, kein Hinweis auf die Wichtigkeit der Landesverteidigung, kein Wechsel auf eine schönere Zukunft, kein Versprechen, daß unsere Kinder einmal das gleiche Wahlrecht bekommen werden; uns Arbeiter grinst dann in kurzer Zeit der völlige Zusammenbruch an. Wir erkennen die Landesverteidigung an, aber wir verweigern das Recht, uns öffentlich zu verweigern, unsere letzte Nervenzelle in Kriegsgewinn zu verwandeln. Man weiß scheinbar nicht, wie es in Wirklichkeit aussieht. Nirgends finden wir ein Verständnis für unsere Lage. Die Arbeiter in unserem Beruf können sich kaum mehr helfen, sie müssen zusehen, wie sie

bei lebendigem Leibe geopfert werden. Hier hilft nur sofortiges Eingreifen der Regierung. Genügende Teuerungszulagen auf der einen, Sicherstellung der nötigen Bedarfsartikel auf der andern Seite. Aber das muß rasch geschehen. Wir erlauben uns keine Verzug, so oder so.  
 Diese Zeilen sind das Echo von über hundert Zuschriften. Wir bitten die Regierung, sie nicht unbeachtet zu lassen.

In dieser Eingabe ist kein Wort zuviel gesagt; was hier ausgesprochen wird, gilt nicht nur für die Dachbedcker, sondern für die Arbeiter aller Berufe. Fraglich ist es allerdings, ob die Eingabe einen unmittelbaren Erfolg zeitigen wird. Die Arbeiter der Holzindustrie haben sich nicht an die Regierung gewandt, sondern den Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes beauftragt, mit den Unternehmern zu verhandeln, um auf diesem Wege zu der dringend notwendigen Erhöhung des Lohnes zu gelangen. Nichtsdestoweniger möchten wir wünschen, daß der von den Dachbedckern ausgestoßene Notzettel nicht ungehört verhallt.

**Teuerungszulagen im Buchbindergewerbe.** Der Buchbinder-Verband hat mit dem Verband der Buchbinderbesitzer ein Abkommen über neue Teuerungszulagen getroffen, welches aber nur für die zur Tarifgemeinschaft gehörigen Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart gilt, denen sich nun auch München angeschlossen hat. Jetzt ist der Buchbinder-Verband dabei, auch für die Berufsangehörigen, die nicht in reinen Buchbindereien beschäftigt sind, die notwendigen Teuerungszulagen zu erringen. Mit den Buchdruckerbesitzern in einer größeren Reihe von Städten sind bereits für die in Druckereien beschäftigten Buchbinder Abkommen getroffen worden. Die Bewegung ist aber noch nicht abgeschlossen, sie wird energisch fortgesetzt, um alle Buchbinder in den Genuß von Teuerungszulagen zu setzen.

### Literarisches.

**Zeitschrift für Alle — Technik und Industrie.** Monatschrift für Elektrotechnik, Bau- und Maschinenteknik, Bergbau usw. Jährlich 12 Hefte. Preis vierteljährlich 1,45 Mk. Franchische Verlagshandlung, Stuttgart.

**Der Mieterkrieg.** Von Arbeitersekretär Fritz H. e. n. d. 16 Seiten Oktav. Preis 30 Pf. Verlag „Mecklenburgische Volks-Zeitung“, Rostock.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

#### Bericht von der Generalversammlung.

Unter Teilnahme von 61 Abgeordneten und zwei Vertretern des Vorstandes sowie je einem Vertreter des Aufsichtsrats und des Schiedsgerichts hielt die Kasse in den Tagen vom 30. Juli bis zum 2. August ihre Generalversammlung in Würzburg ab.

Während die Berichte der einzelnen Körperschaften zu nennenswerten Erörterungen keinen Anlaß boten, war die Beratung über die Satzungsänderungen recht lebhaft. Beschlossen wurde: Es soll zulässig sein, außer der Pflichtkasse fernerhin noch einer zweiten Klasse anzugehören, so daß es kein Ausschließungsgrund für die Folge ist, wenn ein Mitglied einer dritten Klasse beiträgt, wie es auch zulässig sein soll, unserer Kasse als der dritten beizutreten. In beiden Fällen darf aber nur die niedrigste Klasse benutzt werden. Die Wiederaufstufung in die frühere höhere Klasse ist zulässig, wenn der Grund der Zugehörigkeit zu einer dritten Klasse in Wegfall gekommen ist.

Das Eintrittsgeld ist für alle Klassen gleich, nämlich 2 Mk., wovon den Verwaltungsstellen 50 Pf. für Mithaltungen zustehen. Die Beiträge sind entsprechend dem

Vorstandsvorschläge auf 40, 60, 80 und 100 Pf. pro Woche festgesetzt, weitergehende Vorschläge wurden abgelehnt. Das Krankengeld beträgt wie bisher das 21fache des Beitrages mit hin in der 1. Klasse 8,40 Mk., 2. Klasse 12,60 Mk., 3. Kl. 16,80 Mk., 4. Kl. 21 Mk. Fikberchlin wird das Krankengeld vom zweiten Tage an gewährt, der eine Karenztag ist im Wegfall gekommen. Das Sterbegeld ist erhöht vom 170fachen auf das 180fache des Beitrages.

Neu ist, daß sich alte ausgespülte, dauernd krank bleibende Mitglieder, gegen einen Wochenbeitrag ihrer Klasse pro Monat, ihr Sterbegeld sichern können. Für diese wird dann genau dasjenige Sterbegeld gewährt wie sonst, wenn sie die vollen Beiträge gezahlt hätten.

Die Entschädigung an die Verwaltungsstellen wurde auf 7 Prozent der vereinnahmten Beiträge bemessen.

Das Schiedsgericht ist aufgehoben, weil es nicht mehr endgültig entscheidet. Die Berufungssachen sind dem Aufsichtsrat mit übertragen.

Die Zahlung der neu festgesetzten Beiträge soll am Quartalsbeginn, nach Genehmigung der neuen Bestimmungen durch das Kaiserliche Aufsichtsamt, entrichtet, die Zahlung der höheren Unterstufungen für alle zurzeit Kranken Mitglieder mit Beginn des darauffolgenden Quartals in Kraft gesetzt werden.

Geordnet wurden die Entschädigungen für die Angestellten unter Berücksichtigung der jetzigen Verhältnisse und daneben eine Altersversorgung für diese nach Verlauf von bestimmten Dienstjahren unter Abzug aller aus gesetzlichen und privaten Versicherungen fließenden Bezüge. Uebertritt anderer Klassen mit Vermögen und Schulden nach Beschluß der beiderseitigen Generalversammlungen und Genehmigungen durch die zustehenden Aufsichtsbehörden sind durch eine neue Satzungsbestimmung beschlossen.

Für die Frauensterbekasse sind neue Bestimmungen getroffen, es bleibt bei den jetzigen. Es werden somit auch fernerhin 10 Prozent der fälligen Sterbegelder als Zuschlag gewährt. Ebenfalls ist in der Notstandskasse eine Milderung nicht eingetreten, dem Vorstand aber der Auftrag erteilt worden, der nächsten Generalversammlung Vorschläge zu unterbreiten in der Richtung, daß Staffelung von Sterbegeldern stattfindet. Im Vorstand und Aufsichtsrat sind weitere keine Änderungen eingetreten, als nur, daß H. Hillig in Hamburg V. als Beisitzer in den Vorstand gewählt wurde, alle übrigen Personen sind wiedergewählt worden, wie denn der Sitz des Aufsichtsrats in Altona geblieben ist.

Nach Beschluß der Generalversammlung soll das Protokoll der Verhandlungen im Druck erscheinen und jede Verwaltungsstelle bis zu 100 Mitgliedern je ein Exemplar, alle über 100 Mitglieder zählenden Verwaltungsstellen je 3 Exemplare unentgeltlich erhalten. Von denjenigen Orten, welche mehrere Exemplare wünschen, welche zu bezahlen sind, müssen Bestellungen hierauf bis spätestens zum 22. August beim Vorstand eingegangen sein.

G. D l u m e, Vorsitzender.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Voraussichtlich werden die neuen Bestimmungen der Satzungen die Genehmigung des Kaiserlichen Aufsichtsamts so zeitig finden, daß sie vom 1. Oktober an Gültigkeit haben.

Um vorher nicht noch einen Neudruck von den jetzigen Marken 2. Klasse in Auftrag geben zu müssen, ersucht der Vorstand, alle Bestellungen auf Marken 2. Klasse auf die notwendigste Zahl zu beschränken, da unser Vorrat hierin zurzeit sehr knapp ist. Sollten Verwaltungsstellen überschüssige Marken 2. Klasse haben, ersucht der Unterzeichnete um recht baldige Einsendung derselben, sie werden dem Konto der Einsender abgeschrieben. Wie bitten aber, nur runde Summen zu senden.

G. D l u m e, Vorsitzender.

**Gestorbene Mitglieder.**  
 Karl Kranke, gest. in Ohrdruf.  
 Franz Scharf, Hilfsarbeiter, 52 J., gest. in Mittweida.  
 Moritz Schröder, Korbmacher, 64 Jahre, gest. in Mühlberg (Elbe).  
 Meta Hofenmeier, Arbeiterin, gest. in Ströten.  
 Georg Knittel, Schreiner, gest. in Merzungen.  
 Joh. Böhm, 39 Jahre, gest. in Dortmund.  
 Heinrich Koppel, 51 Jahre, gest. in Dortmund.  
 Paul Fischer, 28 Jahre, gest. in Dortmund.  
 Heinrich Böhm, 38 Jahre, gest. in Dortmund.  
 Wilhelm Busenbach, Tischler, 55 J., gest. in Königsberg i. P.  
 Bernhard Vogel, Maschinenarbeiter, 35 Jahre, gest. in Hainichen.  
 Ehre ihrem Andenken.

**Borarbeiter bzw. Bizemeister** für maschinellen Holzbetrieb. Magnus, Fabrikant, Döhren (Sachsen).

**Tischlergesellen** (eventuell Kriegsbeschädigte) auf einfache Möbelerarbeit für dauernde Beschäftigung gesucht. C. B. Friede Sohn, Holzfabrik, Riensberg (Niederl.).

**8 Bautischler** sofort gesucht. Anfragen an Firma H. H. F. & Co., Hainichen- und Zschillenstr. 4.

**Tischler** (selbständige Arbeiter) auf weiße Möbel gesucht. Schriftl. Angebote an: Feind, Hamburg 21, Ranzestraße 35.

**2-3 Tischlergesellen** auf furnierte Möbel (Speisezimmer) nach Klein. Ort gesucht. Auch für Verheiratete geeignet. Friedr. Kielbergs Nachf., Tischlerstr., Gerswalde (Müritzer) 20.

**Zwei durchaus tüchtige Tischlergesellen** auf bessere rohe eichene Möbel für sofort gesucht. Erich Bothe, Baruth (Anhalt).

**Wir suchen für unsere Holzwerkfabrik einen energischen, für dauernde sachkundigen Werkmeister** Stellung. — Nur solche, die bis jetzt einen derartigen Posten ausgefüllt haben, wollen genaue Offerten unter Angabe der Gehaltsansprüche und ehesten Eintritts einreichen an die Münchener Lagerhaus Abbahnhof G. m. b. H. (vorm. C. Schmiederer), München 8.

**Mehrere Stuhlbauer** gesucht. J. Sommer & Co., Düsseldorf.

**2-3 tüchtige Polierer** sucht Ad. Sander, Möbelfabrik, Willershausen bei Kriekenfen am Harz.

**Bezieher** werden verlangt. Pianofabrik Schiller, Berlin C. 54, Joachimstraße 11.

**Tüchtige Drechsler** sofort gesucht. H. Reiber, Drechslermeister, Flensburg, Angelburger Straße 6.

**Holzdrechsler** finden in kriegswichtig. Betrieb Beschäftigung. W. Dönnicke, Coswig (Anhalt).

**Rammacher**, der auch Zahnradweiden kann, verlangt Rudolf Hagedel, Berlin NW 55, Marienburger Str. 9.

**1 Korbmacher** auf grüne Arbeit zu sofort gesucht. C. Vogtgräf, Korbmacherstr., Teterow (Mecklbg.).

**Korbmachergesellen** auf viereckige Geschloßkörbe (98er) gesucht. A. Fröbel, Stettin, Große Laßstraße 72.

**Gebogene Hölzer aller Art** Spezialität Sportschlittenskufen, liefert MAX WALTHER Dresden 22, Rehfelder Straße 51. Bel. Anfragen Angabe der Stückzahl erbeten.

**Werkzeug-Neuheiten.** Preislisten gratis und franko. Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelnerstr. 31.

**TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD**  
 Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Beschäftigt von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen. Auskunft durch die Direktion: B. Kolchert.

### Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Berwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband

Wochenbericht vom Sonnabend, 3. August, bis Freitag, 9. August 1918.

A — Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B — Offene Arbeitsstellen.  
 C — Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbel-Händler			Maschinen-arbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt					
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C			
Berlin	10	—	28	57	20	—	45	27	—	51	15	—	24	2	—	8	51	—	98	162	20	26		
Bremen	—	2	—	4	6	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	—	6	12		
Breslau	—	1	—	12	—	—	—	1	5	—	1	1	—	—	—	—	—	2	6	—	2	4	25	
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Chemnitz	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	4	—	—	2	28
Eisenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8	—	—	3
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Müch.	—	—	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	11	12	29	76	138	—	45	38	11	51	19	6	24	2	1	8	59	34	103	205	198	26		
Bor. Woche	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	14	9	36	61	138	—	58	30	14	53	12	6	22	—	—	7	59	15	123	176	188	29		

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.